DOLLARLÜCKE

Triumph des Commonwealth

Englands Exporteure amerikanisieren ihre Reklametexte. „Englische Regenmäntel sehen so gut aus, daß Sie sich Regen wünschen, sobald Sie einen Mantel gekauft haben", werben die Inserate in New Yorks Tageszeitungen. Sir Stafford Cripps' Dollarjagd kommt auf Touren.

Bisher ist das Ergebnis der britischen Schatzkanzler-Pirsch in den USA und Kanada „ganz nett", aber nicht mehr. Im März hat England dort 45,6 Millionen amerikanischer Dollar zur Strecke gebracht. Das ist etwas mehr als im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals von 1949, als der katastrophale Niedergang der britischen Dollareinnahmen im September die Abwertung des Pfundes erzwang.

Trotzdem konnte in den ersten drei Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres die Dollarlücke überbrückt werden. Obwohl die neue Brücke nur schwach ist, rief selbst der pfundstrockene Rechner Cripps pathetisch im Unterhaus: „Das ist ein Triumph der Zusammenarbeit unter den Commonwealth-Ländern des Sterlinggebietes". Ganz England jubelte mit.

Das erste Quartal von 1950 hat für das Sterlinggebiet einen reinen Ueberschuß von 40 Millionen Dollar erbracht (ohne ERP-Hilfe gerechnet). Im entsprechenden Quartal des Vorjahres gab es noch ein Defizit von 330 Millionen, im darauffolgenden eines von 633 Millionen Dollar. Damit war ein Drittel der gesamten Dollar-Reserve erschöpft.

Da zog Sir Stafford Cripps die Abwertungs-Leine.

Seitdem hat sich die Finanzlage des Sterlingblocks drastisch verbessert. So sehr, daß man fürchtet, der amerikanische Kongreß könnte (wieder einmal) eine radikale Herabsetzung der Marshallzuweisungen für England vorschlagen. Dafür, sagt England, ist es aber noch entschieden zu früh.

Vor Beginn des Marshallplans betrug die Reserve des Sterlingblocks 2,25 Milliarden Dollar (für die finanzielle Sicherheit des Gebietes ist das ein Minimum). Sie stieg — unter Einbeziehung der neu eingelaufenen Marshallgelder — in den letzten drei Monaten um fast 300 Millionen auf etwas unter zwei Milliarden Dollar. Aber auch ein Stand von 2,25 Milliarden würde, an der Kaufkraft gemessen, nur einem Viertel der Vorkriegsreserve entsprechen.

Der Aufstieg, zu dem selbst die Konservativen Cripps im Unterhaus gratulierten, geht nicht allein auf die Abwertung zurück. Auch die verbesserte Atmosphäre, die sie geschaffen hat und die anhaltend günstige Konjunktur haben sich wohltuend auf Englands Dollar-Dilemma ausgewirkt.

Das begann im April 1949, als Amerikas Einkäufe im Sterlinggebiet seltener wurden. Man munkelte den geschäftstüchtigen Yankees zuviel von einer bevorstehenden Inflation. Davon wußte England nichts. Aber Amerika kaufte weniger, und der Dollarstrom versiegte.

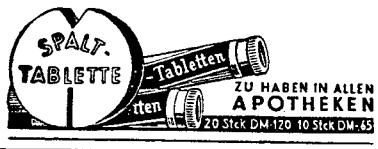
Nach der Abwertung kauften die Vereinigten Staaten wieder, um ihre Lager aufzufüllen. Besonders aus dem Commonwealth und den Kolonien. Wolle aus Australien, Kautschuk und Zinn aus Malaya, Kakao aus Westafrika und Jute aus Pakistan brachten viele gute Dollar.

England allein betrachtet weist in seiner Zahlungsbilanz noch immer ein großes Dollarloch auf. Die Kolonien und Dominien stopfen es. So wird es allmählich kleiner. Die Regenmäntel sollen helfen. Und Whisky, Porzellan, Autos, Textilien, Lederwaren, Bücher und Schokolade.



Aber auch bei Zahnschmerzen, Neuralgie, Rheuma, Migräne oder sonstigen Schmerzen in den bewußten Tagen, immer werden einem die „Spalt-Tabletten" gute Dienste leisten. Wenn Sie es einmal versucht haben, dann wird es Ihnen verständlich, warum die „Spalt-Tabletten" von Tag zu Tag beliebter werden – denn es ist ja die Tablette, die nicht angreift und auch nicht müde macht. Man sollte „Spalt-Tabletten" immer zur Hand haben – man bekommt sie ja schon für 65 Pfennige in jeder Apotheke. Die hervorragende Wirkung der „Spalt-Tabletten" liegt u. a. darin begründet, daß sie durch ihre besondere Zusammensetzung, die wieder friedensmäßig ist, auch die spastisch bedingten Schmerzen bekämpfen.

MUCH A.G., jetzt: **BAD SODEN-TAUNUS**



Bauhaus Tapeten

sind unübertroffen in Qualität, Preiswürdigkeit und Geschmackssicherheit. Lassen Sie sich im Tapetenfachgeschäft das blaue Bauhaus-Musterbuch 50 und die Rasch Künstler Karte mit den neuen Figurin Tapeten zeigen!

Deutscher Werkbund
1. Preis

Wir verabscheuen den Chauvinismus;

wir stellen nicht die Nation über die Menschheit. Aber wir lieben ebensowenig die unwürdige Rolle der nationalen Unfreiheit.

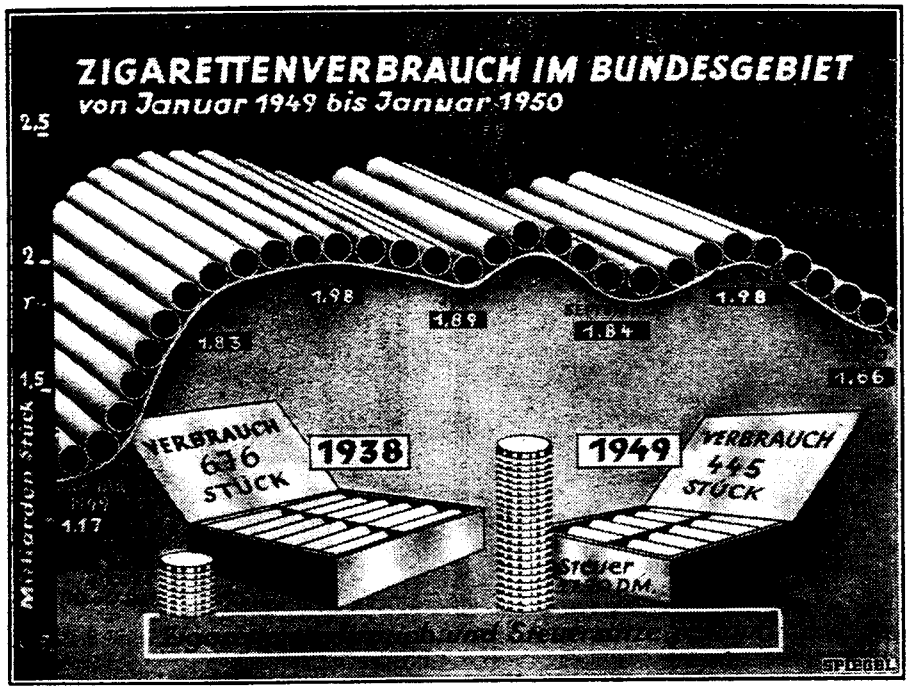
Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kämpft für ein freies Deutschland in einer freien Welt. In souveräner Schau und Diktion schneidet sie täglich die Fragen an, die uns alle politisch, wirtschaftlich und kulturell bewegen. Wenn Sie es wünschen, liefern wir Ihnen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"

8 Tage kostenlos zur Probe,

ein Monats-Abonnement durch die Post für 3,54 DM zuzüglich Zustellgebühr

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Die Sechspfennig-Zigarette

ist die letzte Rettung der erlahmenden westdeutschen Zigarettenindustrie. Schmuggel und Zigarren-Steuersenkung haben den Umsatz banderolierter Zigaretten von 1,98 Milliarden Stück im November auf 1.34 Milliarden Stück im Februar sinken lassen. Der Tabakwaren-Einzelhandel hat dem Bundesfinanzministerium Vorschläge zur Steuersenkung gemacht, die eine Sechspfennig-Zigarette ermöglichen soll. Evtl. Termin: Juni-Juli.

Besonders bearbeiten wollen Cripps' Dollar-Treiber den Mittleren Westen und die Pazifische Küste. Dort sitzen die Dollars noch locker, und englische Waren kennt man kaum. Die Aussichten sind günstig.

Trotzdem vermeiden die britischen Insel-Finanziers eine Prognose darüber, ob die Abwertung die Dollarlücke endgültig schließen kann, wenn die Marshallhilfe Mitte 1952 endet. Das hängt davon ab, inwieweit Englands eigene Ausfuhr nach Amerika und Kanada gesteigert werden kann. Für das laufende amerikanische Finanzjahr rechnet Cripps noch mit einem Netto-Defizit (gesamtes Sterlinggebiet) von 785 Millionen Dollar.

Diese Schätzung (im März veröffentlicht) erscheint pessimistisch. Aber mit einer ungebrochenen Kurve nach oben wagt in England niemand zu rechnen. Als Prüfstein gilt das dritte Quartal von 1950.

Denn die amerikanische Konkurrenz hat sich schon gemeldet. Die Spielzeugindustrie der Vereinigten Staaten hat die Ausstellung englischer Fabrikate auf der New Yorker Spielzeugmesse erfolgreich verhindert. Sie tut alles, um das Erscheinen von Zeitungsinseraten zu vereiteln, die für ausländisches Spielzeug werben. Andere Interessentengruppen gehen auf gleichen Kurs.

Außerdem hängt die ganze Exportkampagne davon ab, ob sich der Lohnstop in England hält. Wenn nicht, steigen die Exportpreise wieder. Damit wäre die Wirkung der Abwertung verpufft.

Bisher haben die Gewerkschaftler die Einfrierung der Löhne respektiert. Sie haben sich dazu verpflichtet, so lange der Lebenshaltungs-Index, der am Tage der Abwertung auf 113 stand, 118 Punkte nicht übersteigt (jetziger Stand 114). Aber die Abwertung hat sich in den Geschäften noch nicht voll ausgewirkt.

Trotzdem finden viele Engländer, Sir Stafford schreite zu zaghaft auf dem verbesserten Dollar-Wege. Der „Economist" erklärt: „England kann es sich nun wirklich erlauben, Westdeutschland, Belgien und die Schweiz in das System der Liberalisierung des Außenhandels mit den OEEC-Ländern einzubeziehen." Es solle auch nicht mehr eine so panische Angst vor der europäischen Clearing-Union haben, ermuntert er weiter.

Und: „Laßt endlich Engländerinnen auf Ferienreisen ins Ausland fahren, ohne ihre mitgenommenen Pelzmäntel vorher zu inventarisieren."

RENTEN

Wieder aufgewertet

Seit Syndikus a. D. Ernst Schulz-Röwer mit der Kölner „Pensionskasse deutscher Privateisenbahnen" prozessiert, zählt er die Tage bis zum 1. Mai. Wenn bis dahin niemand Berufung gegen das Urteil in erster Instanz beim Landgericht Köln einlegt, hat er gewonnen. 4148,20 DM stehen für ihn auf dem Spiel.

Fast 60 000 privatversicherte Pensionäre in Westdeutschland drücken Schulz-Röwer die Daumen. Sein Fall ist auch der ihre.

Ein dreiviertel Jahr lang hatte sich Schulz-Röwer jedesmal geärgert, wenn der Geldbriefträger an seiner Wohnungstür Thomasplatz 8, List auf Sylt, schellte. Kopfschüttelnd quittierte er alle vier Wochen seine währungsreformierte Altersrente mit DM 32,95.

Dann wurde es ihm zu bunt. Er verklagte die Pensionskasse auf Nachzahlung seiner vollen Pension in Höhe von monatlich 329,25 DM. „Dafür", sagt er, „habe ich schließlich jahrzehntelang jeden Monat Pflichtbeiträge gezahlt."

Das entspricht den Tatsachen, stellte das Kölner Landgericht in den Verhandlungen fest. Schulz-Röwer trat am 1. Januar 1911 bei der Braunschweig-Schöninger Eisenbahn-Gesellschaft ein und wurde, wie alle Angestellten dieses Unternehmens, zwangsversichert. Bis zu seinem Ausscheiden legte er an jedem Monatsersten 9 Prozent seines Gehaltes auf den Tisch der Pensionskasse, als a-conto-Zahlung für einen sorgenfreien Lebensabend.

Diese Pflichtversicherung war auf den ersten Blick etwas ungewöhnlich, denn die „Braunschweig-Schöninger" firmierte in den Statuten als Privatbahn und hätte folglich ihren Angestellten seibst überlassen können, einer Sozial- oder Privatversicherung beizutreten. Sie wollte aber ihren Leuten die gleiche Altersversorgung geben wie die Reichsbahn.

„Warum sollen es die Reichbahnbeamten besser haben als unsere Angestellten, wenn sie genau dasselbe leisten", hatten sich die Privat-AGs in ihren Gründerjahren überlegt und hoben 1888 die „Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen" aus der Taufe. Damit waren sie eine Körperschaft öffentlichen Rechts, bei der im Laufe der Jahrzehnte 320 deutsche Privateisenbahnen Mark auf Mark in den Sparstrumpf der Altersrentner stopften.

„Alles war umsonst", resigniert Syndikus a. D. Schulz-Röwer. Für die 32,95 DM, die ihm die Kasse nach dem Juni 1948 monatlich überwies, hat es sich kaum gelohnt, ein Leben lang Pension zu sparen.

„Mehr aber können wir nicht zahlen", bedauern die Sparstrumpfverwalter in Köln. Denn mit dem Währungstage wurde die „Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen" laut Paragraph 24 des Währungsreformgesetzes auf 10:1 umgestellt.

Schulz-Röwer sah das nicht ein. Wochenlang opferte er seine Mußestunden dem Studium von Umstellungsparagraphen und pirschte auf den verschlungenen Pfaden des Währungsdickichts. Bei Paragraph 18 der „Allgemeinen Schuldverhältnisse" stieß er auf eine freundliche Lichtung. Hier ließ er sich nieder.

„RM-Verbindlichkeiten in Gestalt von Pensionen", hieß es da, „werden mit der Wirkung auf D-Mark umgestellt, daß der Schuldner für jede Reichsmark 1 DM zu zahlen hat." Einfacher gesagt 1:1. Womit für Schulz-Röwer lediglich zu beweisen war, daß seine Altersrente einer Beamtenpension entsprach.

„Sie tut es", frohlockte er und wartete zur Bekräftigung mit zwei Argumenten auf: Die Kasse sei damals unter dem Namen „Pensionskasse für Beamte deutscher Privatbahnen" gegründet worden, zweitens: Diese Altersversorgung sei dem Charakter nach eine Pension. Sie weise verschiedene Ruhegehaltsstufen auf, die denen der Beamtenpensionen genau entsprechen.

Aber die Pensionskasse überzeugte ihn: Es handelt sich hier um Leistungen, die ins Reich der Versicherungsverträge gehören.

Bei dem Stichwort „Versicherung" gab sich Schulz-Röwer geschlagen. Er war bereits weit genug im Labyrinth der Umstellungsgesetze vorgedrungen, um zu wissen, daß Versicherungsverträge nicht unter „allgemeine Schuldverhältnisse" mit der Umstellung 1:1 fallen.

„Wenn", kombinierte Schulz-Röwer weiter, „meine Altersrente schon keine Pension ist, dann ist sie zumindest eine Leistung der Sozialversicherung und muß laut Paragraph 23 voll in D-Mark weitergezahlt werden. Die Pensionskasse Deutscher Privateisenbahnen weist die typischen Merkmale eines Ersatzträgers der Sozialversicherung auf."

Dafür spreche schon der Versicherungszwang — die Privateisenbahner können nicht der Angestelltenversicherung beitreten, sondern müssen in die Pensionskasse zahlen.

Aber als Ersatzträgerin der Sozialversicherung sind nur die Invaliden- und Angestelltenversicherung, die Reichsknapp-